

„Finanzielle Schieflage der Gemeinde Seeheim-Jugenheim“

STELLUNGNAHME ZUM ECHO ARTIKEL

Am 17. Februar 2024 wurde im Darmstädter Echo ein Artikel veröffentlicht mit der Überschrift
"Einspruch gegen höheren Grundsteuerbetrag zwecklos".

Einspruch gegen höhere Grundsteuer zwecklos

Rund 1000 Widersprüche sind in Seeheim-Jugenheim gegen die Steuererhöhung 2023 eingegangen / Erhöhung war rechtmäßig

Von Jürgen Buxmann

SEEHEIM-JUGENHEIM. Die Aufregung war mindestens so groß wie die Erhöhung der Grundsteuer. Als deren 70-prozentige Erhöhung (von 500 auf jetzt 850 Punkte) im vergangenen Sommer und rückwirkend für das ganze Jahr 2023 beschlossen wurde, quollen die Sozialen-Medien-Kanäle, die sich mit Seeheim-Jugenheim beschäftigen, schnell über. Der Neubau des Forums am Rathaus sei schuld, war dort zu lesen, der neue Dienstwagen des Bürgermeisters gleich mit, der Verwaltung und der Lokalpolitik wurde eine miese Haushaltsführung unterstellt, die Rechtmäßigkeit der Grundsteuer verneint – kaum eine Idee blieb ungenannt.

Bürgermeister Alexander Kreissl (CDU) sprach von „Beleidigungen und Drohungen gegen die Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung“, die beim Rathaus eingegangen seien. Es gab zudem eine Onlinepetition gegen die Erhöhung, die mehr als 3000 Mal unterzeichnet wurde. Anonyme Hauswurfsendungen und Flugblätter hinter Scheibenwischern und in den Körben abgestellter Fahrräder hatten Konjunktur – mit Tipps für einen angeblich erfolgversprechenden Widerspruch gegen die drastische Erhöhung.



Nach der Grundsteuererhöhung im vergangenen Jahr gab es Drohungen und Beleidigungen gegen Rathausmitarbeiter, eine Onlinepetition und Flugblattaktionen. Rund 1000 Bürger legten Widerspruch gegen die Erhöhung ein – der jetzt abgelehnt wurde.

Foto: Jürgen Buxmann

Die Gemeinde teilte indes öffentlich mit, dass Widersprüche keine Aussicht auf Erfolg haben würden.

Rund 1000 Grundstückseigentümer ließen sich davon nicht abhalten und legten dennoch Widerspruch ein, der jeweils im Rathaus bearbeitet werden musste. Die Zahl der eingegangenen Widersprüche hat die Gemeinde jetzt veröffentlicht und auch gleich das – nicht unerwartete – Ergebnis dazu: „Die

Widersprüche sind nach Prüfung der Gemeinde rechtlich sowie sachlich unbegründet und wurden wie vorgeschrieben dem Anhörungsausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg zur weiteren Überprüfung vorgelegt“, heißt es in einer Mitteilung der Gemeinde. Der Landkreis habe inzwischen mitgeteilt, dass auf eine Anhörung vor dem Ausschuss verzichtet werde. Der Grund: Die Sach- und Rechtslage sei hinrei-

chend geklärt. Demnach stehe den Kommunen zur Erhebung der Grundsteuer eine verfassungsrechtlich garantierte Steuerhoheit zu.

„Von dieser Ermächtigung hat die Gemeindevertretung Seeheim-Jugenheims Gebrauch gemacht und den neuen Hebesatz auf Basis der Hebesatzsatzung 2023 zur Mitfinanzierung des Haushalts beschlossen“, heißt es aus dem Seeheim-Jugenheimer Rathaus. Meint: Die

Gemeinde tat, was sie durfte. Bürger können dem nicht widersprechen. Allen, die Widerspruch eingelegt haben, gehe demnächst ein Widerspruchsbescheid mit ausführlicher Begründung zu.

Dass die Kosten für den Neubau des Forums am Rathaus zum Zeitpunkt der Grundsteuererhöhung nur einen relativ kleinen Teil zum damaligen Haushaltsdefizit beitrug, schaffte es im vergangenen Jahr freilich ebenso wenig in die Sozialen Netzwerke wie die Erkenntnis, dass das Dienstfahrzeug des Verwaltungschefs turnusmäßig ausgetauscht wird und deswegen keine Grundsteuer steigt.

Die Grundsteuererhöhung erfolgte angesichts eines damals zunächst veranschlagten Haushaltsdefizits von rund 8 Millionen Euro. Es entstand unter anderem durch eine gestiegene Kreisumlage, durch gestiegene Personalkosten aufgrund höherer Tarifabschlüsse und durch Preissteigerungen auf dem Energiesektor.

Unter anderem durch die Grundsteuererhöhung, durch die Erhöhung der Schwimmbadeintrittspreise und durch einen Anstieg bei den Kosten für den Besuch einer kommunalen Kindertagesstätte konnte das Defizit schließlich auf rund 2,5 Millionen Euro im Jahr 2023 gesenkt werden.

Um es vorweg zu sagen: Es ist unsäglich, wenn aufgrund der Erhöhung der Grundsteuer Beleidigungen und Drohungen ausgesprochen werden, in Tandem mit Spekulationen und Vermutungen ohne Hand und Fuss.

Von solcher Art der Stimmungsmache distanzieren sich die Initiatoren und Unterstützer von „Demokratie-Blüt“!

Klar ist auch das gute Recht der Bürger, von Möglichkeiten des Widerspruchs und Anwendung von Petitionen Gebrauch zu machen. Und ja, das Grundgesetz erlaubt es den staatlichen Einrichtungen, durch Steuererhöhungen finanzielle Schieflagen auszugleichen. Das gilt aber nicht grenzenlos: Es gibt hier Einschränkungen, wenn die finanzielle Belastung an Grenzen stößt ... und es gibt auch in Seeheim-Jugenheim Bürger, die bei der aktuellen Steuererhöhung diese Grenze erreicht sehen.

Klar ist auch, dass es sich die Verantwortlichen in Bezug auf die Entscheidung der Steuererhöhung nicht leicht gemacht haben. Nun sind „die Messen gesungen“ und so bleibt zu hoffen, dass **das Ende der Fahnenstange in Bezug auf die Grundsteuererhöhung erreicht ist.**

Und trotzdem sollte es für Bürger der Gemeinde als auch deren politischen Entscheidungsträger einen Konsens darüber geben, dass zukünftig Überraschungen dieser Art zu vermeiden sind.

Und es ist klar: Diese aktuelle Überraschung mag für einige politisch Agierende keine solche gewesen sein (aber auch hier gab es einige, die sich überrascht gezeigt haben, wie man den diversen Beiträgen entnehmen konnte). Aber es sollte so viel Sensibilität vorhanden sein, dass ein Normalbürger eine solche, zumal auch noch rückwirkend ausgesprochene Erhöhung nicht so ohne weiteres verstehen kann.

Dankenswerterweise haben ja einige politische Parteien, möglicherweise als Reaktion auf die Petition und damit weit nach dem die Steuererhöhung beschlossen wurde, Erklärungen öffentlich abgegeben.

Liest man den Artikel Darmstädter Echo zu Ende, dann findet man auch noch eine Erklärung im Darmstädter Echo, wie es zu dieser signifikant hohen Steuererhöhung kam:

1. Erhöhung der Kreisumlage
2. Erhöhung des Tarifvertrages im Personalkostenbereich
3. Erhöhung im Energiesektor

Zur Einschätzung dieser Gründe wäre es für zukünftige Projekte hilfreich, wenn diese Transparenz in Bezug auf die Begründung besser gegeben wäre.

Ein Versuch, zu erklären, warum diese Begründungen nicht ganz einleuchten, sei hier aufgeführt:

ad 1.

Die Kreisumlage hat sich deswegen erhöht, weil die Gemeinde erfreulicherweise auch höhere Steuereinnahmen hatte! Es wäre sinnvoll zu erklären, inwieweit sich für die Gemeinde Seeheim-Jugenheim eine Kreisumlage ergeben hat, die jenseits des Normalen liegt, also nicht alleine durch die erfreulichen Mehreinnahmen erklärt werden kann.

ad 2.

Die Personalkosten sind angestiegen von 10 Mio auf 13 Mio EUR. Es ist offensichtlich, dass eine solche Erhöhung um 30% nicht alleine dem Tarifabschluss geschuldet sein kann. Auch hier sollte erläutert werden, warum ein solch deutliche Steigerung der Personalkosten nötig ist. Für Leute, die in

der freien Wirtschaft agieren, ist eine Steigerung der Personalkosten in Zeiten finanzieller Schieflagen ein Tabu, in aller Regel finden dann in diesem Sektor Kürzungen statt.

ad 3.

Diesen Punkt kann sicherlich jeder nachvollziehen, denn er betrifft ja alle Bereiche. Auch Bäcker, Metzger, Supermärkte, ... haben ihre Energie-Kostensteigerungen zu verkraften, allerdings ohne dass ihnen die Möglichkeiten zur Verfügung stehen, die Einnahmen signifikant zu erhöhen. Aber es ist verständlich, dass die dramatisch gestiegenen Energiepreise ein Puzzle-Teil im Gesamten darstellen.

Nun wäre es wünschenswert und zielführend, wenn auf Basis dieses Projekts ein Nachdenken darüber entstehen würde, wie die "Finanzielle Schieflage der Gemeinde Seeheim-Jugenheim", die auch nach der rückwirkenden Erhöhung der Grundsteuer um 70% nicht vom Tisch ist, besser erklärt werden könnte und dann möglicherweise auch durch effektive, sozial verträgliche Massnahmen ausgeglichen werden könnte.